54. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 389

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Dienstag, 18. August 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die französische Offensive in Marokko.

Zwischen Bab-el-Taza und Taza.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 18. August.

Nach dem amtlichen Kriegsbericht aus Marokko hat gestern, wie eldet, **eine große Operation zwischen Bab-el-Taza und za gegen die Tsuls begonnen.** Ein Armeekorps und e gemischte Brigade nahm unter dem Oberbefehl des erals Boichut an diesem Kampfe teil, der nach dem Berichte mmalen Verlauf" nimmt. Die Artillerie und Flieger en vor dem Angriff die feindlichen Linien bombardiert. Vertreter der Havas-Agentur in Casablanca hatte eine rredung mit Marschall Lyautey, in der ihm dieser erklärte, alle Nachrichten über seine bevorstehende Kur in Vichy ht der Wahrheit entsprächen. Er habe seit seiner ation vor zwei Jahren keine Kur mehr nötig. Eine solche im Gegenteil sogar ausdrücklich verboten worden. Es e sich höchstens um einen Erholungsurlaub handeln. nnd werde wohl annehmen, daß er jetzt Marokko lassen werde, bevor nicht entscheidende Resultate cht sind. Der Marschall fügte hinzu, daß er eine kurze Abenheit von Marokko nur für den Fall ins Auge fasse, daß Regierung es für nötig erachte, sich mit ihm während der Anenheit des Marschalls Pétain, der eine volle erheit für die Leitung der Geschäfte biete, zu unterhalten. Eine Reise würde aber nur von ganz kurzer Dauer sein. Marschall tey wird heute die Front im Abschnitt von Uezzan besichtigen. Ministerpräsident Painlevé wird seinen Erholungsurlaub er Bretagne auf einen Tag unterbrechen. Er wird heute nach s kommen, um mit Marschall Pétain, der heute abend Marokko abreist, noch einmal Rücksprache zu nehmen. Ministerpräsident wird sofort nach der Unterredung Paris er verlassen.

Die „Daily Mail" hatte gemeldet, daß zwischen den französischen Behörden in Syrien und den aufständischen Drusen des Sultans El Atrasch ein Abkommen zustande gekommen sei, wonach die Drusen eine hohe Geldstrafe zahlen aber im Grunde genommen amnestiert werden sollten. Das Ministerium des Aeußeren erklärt jedoch, daß nach den bis jetzt aus Syrien vorliegenden Nachrichten daß fragliche Abkommen noch nicht abgeschlossen worden sei. Ein Telegramm des Generals Sarrail besagt nur, daß die Drusen „ernsthaft zu Verhandlungen bereit seien." Nach einer Meldung aus Beirruth haben die Drusen 40 französische Gefangene wieder freigegeben.

Nach einer Meldung der Agentur Fournier aus Rabat hat Abd-el-Krim strenge Vergeltungsmaßregeln gegen die Stämme ergriffen, die kürzlich von den Franzosen zurückgeschlagen worden sind und ihnen hohe Geldstrafen auferlegt. Außer diesen Geldstrafen haben die Rifleute bei den meisten Stämmen Nahrungsmittel, vor allem Oel und Eier für den Bedarf der Truppen requiriert. Diese Maßregel soll lebhafte Unzufriedenheit hervorgerufen haben, die noch durch die Ankündigung verschärft wurde, daß neue Aushebungen stattfinden sollen.

Nach dem „Echo de Paris" werden sich die **französischen Streitkräfte in Marokko bis Ende August auf 100 Bataillone belaufen,** von denen 72 in der vordersten Linie und die übrigen 28 in Reserve stehen werden. Wie die „Humanité" mitteilt, wird sich eine aus Arbeitern bestehende Untersuchungskommission morgen nach Marokko begeben

Oberlahnstein a. d. Nahe, 18. August. (T. U.)

Die farbigen Besatzungstruppen (Zuneser und Marokkaner) sind gestern nach den auswärtigen französischen Kriegsschauplätzen abtransportiert worden. Sowohl Bad Kreuznach, wie auch Oberstein-Idar erhalten nunmehr französische Infanterie zur Besatzung, was von der Bevölkerung in Anbetracht der in den letzten Tagen vorgekommenen Ueberfälle durch Farbige als Entspannung empfunden wird.

Der erste schüchterne Schritt.

Die „kleine" Zollvorlage und die künftige ganze Arbeit.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Karl Eugen Müller.

Die von einer ziemlich knappen, in der Ausnutzung ihrer Machtmittel aber brutal zu Werke gehenden Reichstagsmehrheit jüngst beschlossenen landwirtschaftlichen Schutzzölle — über die das Urteil der meisten uninteressierten Sachverständigen dahin lautete, daß sie ihren eigentlichen Zweck, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, nicht erreichen würden, dagegen eine empfindliche Mehrbelastung der Verbrauchermassen nach sich ziehen müßten —, gelten der Interessenvertretung des Großagrariertums, dem Reichslandbund, natürlich noch lange nicht als ausreichend. Sie sollen, wie es in der vor einigen Tagen gefaßten Entschließung seiner Vertreterversammlung heißt, nur „ein erster schüchterner Schritt auf dem Weg zu dem großen nationalen Ziel" sein, die Unabhängigkeit Deutschlands von ausländischer Nahrungsmittelzufuhr sicherzustellen. Was hier in knappen Worten gesordert ist, das erläutert der alte Führer des Landbundes, Frhr v. Wangenheim-Klein-Spiegel, ausführlich in einem Artikel in der „Deutschen Tageszeitung", der in seiner naiven Einseitigkeit ungemein aufschlußreich ist für die Denkweise und Agitation der Agrarier.

Nach Wangenheim haben wir den Weltkrieg nur verloren, weil die letzten Handelsverträge vor dem Kriege — also die auf den Bülowschen Zolltarif aufgebauten! — fehlerhaft waren und nicht ausreichten, um die einheimische Landwirtschaft zur vollen Deckung des deutschen Bedarfs zu befähigen! Die agrarische Mentalität rechnet natürlich auch jetzt, während die unter deutschnationaler Vorherrschaft stehende Regierung an einem Sicherheitspakt arbeitet, der auf Menschenalter hinaus eine Verstrickung Deutschlands in kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich machen soll, bestimmt mit der Tatsache, daß „der Weltkrieg nicht der letzte Krieg sein wird, den Deutschland zu bestehen haben wird," — einer solchen Erkenntnis verschließen sich nach Wangenheims Meinung nur „vaterlandslose Idioten", zu denen er also offenbar auch das Kabinett Luther—Schiele—Stresemann rechnet. Und weil dieser künftige Krieg als eine feststehende Tatsache in die künftige Rechnung einzusetzen ist, muß also eine Zollpolitik getrieben werden, die das neue verkleinerte, gerade eines Teils seiner landwirtschaftlich reichsten Provinzen beraubte Deutschland ganz auf die Eigenversorgung stellt. Daß wir von jeher nicht in der Lage waren, unseren Weizenbedarf aus der heimischen Erzeugung zu decken, schiert Herrn v. Wangenheim nichts; „man kann auch ohne Semmel und Kuchen bestehen, und für den Notfall hatten wir in der Trockenkartoffel ein einwandfreies Mittel zur Streckung des Brotgetreides". Die Verbrauchermassen werden sich über die Aussicht, wieder das treffliche und so wohlbekömmliche kartoffelgestreckte Brot zu bekommen, unbändig freuen und sich mit dem Verzicht auf Semmel und Kuchen gern abfinden, in dem Bewußtsein, daß diese Genüsse wenigstens den landwirtschaftlichen Selbstversorgern auch in Zukunft ebensowenig fehlen werden wie im Kriege. Ebensowenig brauchen wir nach Wangenheim die Einfuhr von ausländischen „Luxus"-Kartoffeln, und erst recht müssen wir auf die Ergänzung unserer Futtermittelvorräte durch den billigen ausländischen Mais verzichten; mit einem Wort, „durch einen lückenlosen Zolltarif für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse" muß das deutsche Volk gezwungen werden, ausschließlich von dem zu leben, was die heimische Landwirtschaft erzeugt. Der „untragbare Wettbewerb" der ausländischen Nahrungsmittelproduktion muß von der deutschen Landwirtschaft genommen werden, — das heißt mit klaren Worten, die Herr v. Wangenheim sich freilich hütet, auszusprechen: Die deutsche Landwirtschaft muß imstande sein, die Preise für alle Erzeugnisse so vorzuschreiben, daß sie dabei jenen Gewinn erzielt, den sie für angemessen hält. Daß der Sinn der Fernhaltung ausländischer Konkurrenz nur der sein kann, daß die Preise für die inländische Erzeugung gesteigert werden, — diese Kleinigkeit vergißt Herr v. Wangenheim zufällig zu erwähnen.

Auf die „kleine" Zollvorlage, die der Reichstag jetzt beschlossen hat, wird also vor Ablauf der zweijährigen Frist, die ihrer Gültigkeit gesetzt ist, eine andere folgen, die erst ganze Arbeit werden soll. Und — diesen Umstand muß man sich ganz genau klarmachen — diese ganze Arbeit soll der gleiche Reichstag verrichten, der jetzt den „ersten schüchternen Schritt" getan hat. Dieser Reichstag, dessen Neuwahl notwendig wurde, weil das Krisenbedürfnis der Deutschen Volkspartei die Neubildung einer festen Regierung auf der Basis, auf der Stresemann im Herbst 1923 so erfolgreich zu arbeiten begonnen hatte, unmöglich machte; dieser Reichstag, dessen Kräfteverschiebung nach rechts nur das Ergebnis einer beispiellosen Demagogie auf dem Gebiet der außenpolitischen Lebensfragen der Nation war; dieser Reichstag, dessen stärkste Partei alle die Grundsätze verriet, mit deren Verfechtung sie ihre ganze Wahlagitation bestritten hatte. Mit dem Schlagworte „Für die volle Aufwertung!" hatten die Deutschnationalen die Massen der entrechteten Sparer in ihr Lager gezogen, — und dann haben sie eine „Aufwertung" zustande gebracht, die selbst viele erfüllbaren Wünsche unerfüllt ließ und mit Recht einen Sturm der Entrüstung im Lager der betrogenen Gläubiger hervorrief; mit dem Kampf gegen die „würdelose Verständigungspolitik" haben sie das falsch verstandene nationale Empfinden der Wählermassen für sich mobil gemacht, um dann mit dem Bewußtsein ihrer vollen Verantwortlichkeit den Verzicht auf Elsaß-Lothringen gutzuheißen. Wangenheim

r. Edmund Stinnes und die Banken.

r Kampf um die „Aga". — Die Lohnauszahlungen auch innerhalb vorläufig gesichert.

eber das Schicksal der Aga ist bisher offenbar noch nichts ieden. Nach unseren Informationen dauern die Verhandlungen hl mit inländischen als auch mit ausländischen Kapitalisten die Hergabe von Krediten bzw. über eine aktienmäßige Beteili- noch an. Die rückständigen Löhne sollen in die Tagen aufgebracht werden. Ihre Zahlung soll schon orgen oder übermorgen sichergestellt sein. Die Banhaben heute ein Communiqué herausgegeben, in dem sie bemüht den Standpunkt des Dr. Edmund Stinnes zu widerlegen hre eigene Haltung zu begründen. Wir teilen es im Handelsit.

anti semitischen Ausschreitungen in Wien.

Die Hetzarbeit der völkischen Verbände.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

e. Wien, 18. August.

e Tumulte, die sich gestern abend auf der Ringstraße en Antisemiten und der Polizei zugetragen haben, heute das Stadtgespräch in Wien. Wie der in der Nacht gebene Polizeibericht meldet, haben zuerst Trupps von endlichen in lärmender Weise demonstriert. Als die zei Verhaftungen schritt, versuchten sie die Arrestierten reien. Die Wache wurde mit Steinen beworfen, ja es ogar einige Schüsse gefallen, ohne daß jedoch jemand ch verletzt wurde. Ein Teil der Demonstranten hatte es besonders auf die Cafés abgesehen, einige Fensterscheiben n durch Steinwürfe zertrümmert. Die Polizei hat, als die alle immer mehr zunahmen, blank gezogen und eine l Demonstranten verletzt. Im ganzen sind dreizehn nen durch Säbelhiebe oder Hufstritte leicht verletzt n. Von der Polizei erlitten fünf Beamte Verngen. Von einem Todesfall ist nirgends etwas tgeworden. Ueber 100 Personen wurden genommen. Aus anderen Berichten geht ervor, daß die Demonstranten auch einen Straßenbahngestürmt haben, dessen Führer durch Faustschläge Fußtritte so verletzt wurde, daß er auf die Retwache gebracht werden mußte. **Auch andere Insassen des ns, darunter Frauen, wurden blutig geschlagen.** Vor pper zertrümmerten die Demonstranten eine Bank in den anlagen und gingen mit Holz- und Eisenstücken gegen die vor. Hier handelte es sich anscheinend um Rowdys, die sich llgemeiner Rauflust an den Tumulten beteiligten. Es kam zu erbitterten Handgemenge, der Polizeikordon durchbrochen, die Wache mußte sich zurückziehen, und die machte Jagd auf sie. Erst am Hoftheater konnte die Polizei ilfe von Verstärkungen Fuß fassen. Die Anlagen Rathausparkes wurden verwüstet, da die Kämpfe m Berittenen sich zum Teil in den Anlagen abspielten. Die enen wurden vielfach mit höhnischen Zurufen „Judentruppe" oder „Jerusalemreiter begrüßt. Als die Demonen endlich zerstreut wurden, trennten sie sich mit dem Vern, morgen wiederzukommen. Die Polizei erklärt daß nur durch die verstärkten Vorkehrungen, die sie getroffen habe, größere Ausschreitungen verhütet wurden. Falls sich in den nächsten Tagen ähnliche Versuche wiederholen sollten, würde sie in derselben Weise dagegen vorgehen.

Die interessierten Zeitungen, voran die christlich-soziale „Reichspost", das Regierungsorgan, tun alles, um die Erregung zu schüren. Die „Reichspost" verlangt Bestrafung der Schuldigen, die sie jedoch nur auf Seiten der Polizei sieht. Das Blatt veröffentlicht eine lange Liste von Anklagen gegen die Polizei (!) und fordert die Abgesandten des Nationalrates auf, nach Wien zu kommen und nach dem Rechten zu sehen. Also ein Mißtrauensvotum gegen die eigene Regierung! Eine Kundgebung der völkischen Verbände wirft der Regierung vor, daß sie mit ihrem Eintreten für die Sicherheit des Zionistenkongresses „im Gegensatz stünde zu dem klaren Willen der Bevölkerung Wiens und der Bundesländer". Die Verbände fordern nicht weniger als den Rücktritt der Regierung!

Wie das „Neue Wiener Journal" meldet, wurden gestern spät abends zwei Teilnehmer am Zionistenkongreß, die beiden Antwerpener Kaufleute Tobias und Benjamin Bürger, bei der Heimkehr von dem Begrüßungsabend in der Nähe des Westbahnhofs von der Menge überfallen und unter Beschimpfungen verprügelt.

Diktator Mussolini.

„Ich halte daran fest, daß es so etwas wie Freiheit nicht gibt."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 18. August.

Lady Drumont Hay, die Sonderkorrespondentin des „Daily Expreß", die erst kürzlich den ehemaligen Kronprinzen in Berlin interviewt hat, hält sich jetzt in Rom auf und berichtet von dort aus heute über ein Interview mit Mussolini: „Freiheit!" sagte Mussolini, „gibt es so etwas wie Freiheit? Wenn die Liberalen nach Freiheit verlangen, so beweisen sie damit ihre Unkenntnis der Anfangsgründe des Regierungsmechanismus. Masse kann nicht Masse regieren, Quantität nicht Quantität. **Ich halte daran fest, daß es so etwas wie Freiheit nicht gibt.** Sie existiert nur in den Vorstellungen unpraktischer Philosophen, die ihre Philosophie sich vom Himmel holen während ich meine von der sehr nahen Wirklichkeit der Erde nehme." Auf die Frage, ob er mit dieser Philosophie Erfolg gehabt habe, erklärte Mussolini: „Vollen Erfolg! Die Zukunft verspricht viel. Europa besitzt eine enorme Reserve an Vitalität. Der alte Kontinent ist noch nicht dekadent. Jahrhunderte werden noch vergehen, bevor er dekadent sein wird. Europa hat trotz der Propaganda einiger Alarmisten nichts zu befürchten. Wenn Europa wirklich vor dem Verfall stehen sollte, so müßte Italien als das älteste Land Europas das schwächste sein. Sie haben aber selbst gesehen, daß Italien noch sehr jung und stark ist. Nichts kann seinen Fortschritt hemmen." Mussolini kam dann auf die Alkoholfrage zu sprechen. „Verbot? Warum soll ich andere Leute ihres persönlichen Vergnügens berauben. Etwa weil ich selbst seit zehn Jahren keinen Alkohol genossen habe? Das ist kein Grund. Ich werde aber ein Gesetz befürworten, das die heranwachsende Generation vor den zerstörenden Folgen des Alkohols bewahren soll." Im weiteren Verlauf der Unterredung erklärte Mussolini: „Mein Ideal, mein Meister ist Julius Cäsar. Cäsar war der größte Mann, der jemals auf der Erde gelebt hat."